



Rechts (AÖR) gegründet, die die insgesamt rund 45 Mitarbeiter beschäftigen wird. Diese AÖR wird eine kommunale GmbH sein, die die Aufträge beider Kommunen abarbeitet. Lindlar wird also nicht federführend sein, nur weil der Bauhof in Lindlar steht.

Einen Zeitplan haben sich Lindlar und Engelskirchen schon vorgenommen. Am 1. Januar 2010 soll der Neubau in Klausen stehen. Schon am 1. Juli soll der Vorstand für die AÖR feststehen, damit dieser den Umzug nach Klausen vorbereiten kann. Auch im Engelskirchener Rat stand der gemeinsame Bauhof am Mittwoch auf der Tagesordnung.

räte, die derzeit noch im Lindlarer Bauhof stehen, werden 2010 auch in Engelskirchen-genutzt. (Foto: Schmitz)

nächst enannt 'en Unifwand schätzt worden. „Diese Zahl glauben wir aber klar unterschreiten zu können“, sagt Hütt.

Die Einsparungen würden für beide Kommunen gemein-

sam 80 000 Euro im Jahr betragen. „Aber es gibt noch wesentlich mehr Möglichkeiten, um Geld zu sparen, wenn die beiden Bauhöfe zusammenge-

legt sind“, sagt Hütt. Die Wärmedämmung sei dann moderner, die Gerätschaften könnten flexibler genutzt und es müsse nur noch einer statt

BLZ 1212108

Pro Jahr fehlt eine Milliarde Euro

Tagung in Lindlar: Kommunen beklagen Unterfinanzierung

7-jährige gest. Polizei. Mann auf. Er ad floh or dem po 140 ie Ver-

Von STEFAN CORSSSEN

rblick- hl den ugte er Ge- Rade- chließ- n und)

LINDLAR. Die Kommunen in NRW hängen am finanziellen Tropf des Landes. Doch das Land selbst steht finanziell miserabel da – den Städten und Gemeinden fehlt es damit an der nötigen Medizin, dem Geld. Gestern kamen im Lindlarer Kulturzentrum 120 Vertreter des Städte- und Gemeindebundes (StGB) aus dem Regierungsbezirk Köln zusammen. Im Mittelpunkt: Die Situation der chronisch klammen Kommunen vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise.

» Wir sitzen bei der Landesregierung auf dem Schoß. Das heißt aber nicht, das wir auch gehört werden. «

JOHANNES MAUBACH
Städte- und Gemeindegab
NRW

n Plus tschaf- es von hätten gsfähig-

m Ge- 1 Pla- en vor steuer Sum- Betrag if nun en. Im uf der gs vor les Ju- millio-

Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar kritisierte ein „Ausgabenproblem“ der Kommunen. „Wir haben da eine andere Sicht“, so Johannes Maubach, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaften des regionalen StGB und Bürger-



Stößt auf Kritik: Das 100-Alleen-Programm, hier mit MdL Peter Biesenbach (2. v.l.) und Landrat Hagen Jobi (r.). (Archivfoto: Börsch)

meister von Odenthal. „Wenn man bei den heutigen Aufgaben bleibt und keine Abstriche macht, geht das nicht ohne zu-

sätzliche Mittel.“ Zwar hätten nur wenige Kommunen ihr Geld bei einer pleitegegangenen Bank angelegt. Die Wirt-

schaftskrise treffe aber alle. Der Anteil der Einkommensteuer werde ebenso zurückgehen wie die Gewerbesteuern, und auch beim kommunalen Finanzausgleich sei mit erheblichen Einbrüchen zu rechnen. Zugleich leiste sich das Land Luxusausgaben wie das 100-Alleen-Programm, statt sich auf das Nötigste zu beschränken.

Doch die Kritik wird nicht überall geteilt. Maubach: „Wir sitzen bei der Landesregierung auf dem Schoß. Das heißt aber nicht, das wir auch gehört werden.“ Claus Hamacher, StGB-Beigeordneter, kritisierte, dass das Land das „Konzeptsprinzip“ (wer bestellt, bezahlt) ständig unterlaufe. Und auch die Folgekosten von Anschubfinanzierungen müssten die Gemeinden in NRW alleine tragen.

Lindlars Bürgermeister Dr. Hermann-Josef Tebroke gab ein Beispiel. „Bei den Kindergarteninvestitionszulagen trägt das Land 70 Prozent der Kosten, aber nur, wenn die Gemeinde die übrigen 30 Prozent und die Folgekosten aufbringen können.“ Auch die strukturellen Probleme der ländlichen Kommunen würden zu wenig berücksichtigt. „Wir geben jedes Jahr allein 750 000 Euro für die Schülerbeförderung aus“, so Tebroke. Und bei der Finanzierung des Gymnasiums habe das Land Lindlar im Regen stehen lassen. „Als Folge haben wir jetzt hohe Schulden.“